Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 2100. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 2109 mit Postbestellgebühr.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 120.- ℳ außerhalb desselben 130.- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 20 Mk. Reklame-Zeile 300 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 72. | Neuenbürg, Dienstag, den 27. März 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Münster, 26. März. Gestern wurde in Wetter ein französischer Korporal erschossen. Einzelheiten über die Tat waren noch nicht zu erhalten.

Hamburg, 24. März. Vor dem Amtsgericht in Tondern kam der Prozeß gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Neuen Tonderschen Zeitung", Heinrich Hamann, zur Verhandlung. Es handelt sich um die angebliche Beleidigung des dänischen Richterstandes. Obwohl der Anklagevertreter selbst eine beabsichtigte Beleidigung in den betreffenden Artikeln nicht annimmt, lautete das Urteil auf vier Monate Gefängnis und Tragung der entstandenen Kosten. Das Urteil rief in der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs große Erregung hervor.

Königshütte, 26. März. Anläßlich der Feier der Festsetzung der polnischen Ostgrenze kam es in Königshütte in Polnisch-Oberschlesien zu Ausschreitungen gegen die Deutschen. Durch die Teilnehmer eines Fackelzuges wurde am Sonnabend eine deutsche Versammlung, die sich mit rein kulturellen Aufgaben befaßte, gesprengt. In der Nacht zum Sonntag wurden fast sämtliche Straßen- und Firmenschilder mit Teer beschmiert. Das Verlagsgebäude des „Oberschlesischen Kuriers" wurde sogar mit Steinen beworfen. Wie verlautet, beabsichtigte der Oberbürgermeister der Stadt, der dem Deutschtum angehört, zum Protest gegen diese Ausschreitungen der gestrigen Feier fernzubleiben.

Die Kommunisten in Sachsen und die Ruhrhilfe.

Die Kommunisten in Sachsen haben einen Antrag eingebracht, wonach die Sammlungen für die Ruhrhilfe in den Schulen verboten werden sollen. Der Kultusminister hat sich beeilt, diesen Antrag zu erfüllen und folgende Verordnung herauszugeben: „Geldsammlungen in den Schulen unter der Schülerschaft dürfen nur nach vorheriger Genehmigung des Kultusministeriums veranstaltet werden. Die Genehmigung wird grundsätzlich nur in ganz besonderen Ausnahmefällen erteilt werden. Wo etwa zur Zeit solche Geldsammlungen ohne die erforderliche Genehmigung stattfinden, sind sie sofort einzustellen." — Bekanntlich weigern sich auch die sächsischen Bergleute, Ueberstunden wegen der Ruhrbesetzung zu machen. Sie stehen mit dieser Haltung einzig in ganz Deutschland da.

Zu den sächsischen Sozialisten, die die Verbrüderung mit den Kommunisten nicht mitmachen und die Verfassungsverletzung ablehnen, gehört auch der bisherige Ministerpräsident Buck. Er erklärte in einer Versammlungsrede: Die Kommunisten haben ihre Bedingungen zum Eintritt in die Regierung mitgeteilt; diese — Errichtung einer Arbeiterwehr, Errichtung von Arbeiterkammern zur Kontrolle der Regierung — sind aber einfach indiskutabel. Wir haben unser Augenmerk auf die bestehende Polizei zu richten und diese auszubauen, damit sie ein wirksamer Schutz ist, wenn die Republik in Gefahr sein sollte; eine Arbeiterwehr nebenher zu stellen, verstößt einerseits gegen den Vertrag von Versailles und ist auch zudem ganz überflüssig. Ebenso verhält es sich mit der Errichtung von Arbeiterkammern. Die Regierung muß vom Vertrauen des gesamten Volkes getragen werden und bedarf nicht der Aufsicht von Betriebsräten. Die Kommunisten mögen sich Hausknechte suchen, die dann die Regierung übernehmen. — Buck lehnte es ab, sich als Ministerpräsident wiederwählen zu lassen.

Ausland.

Warschau, 26. März. Der polnische Landtag hat in allen drei Lesungen ein Gesetz angenommen, nach dem bei den Gerichten und Notariaten Posens und Pommerellens die polnische Sprache die alleinige Amtssprache sein soll. Den Parteien, jedoch nicht den Rechtsanwälten, bleibt der mündliche und schriftliche Gebrauch der deutschen Sprache gestattet.

Französisch-Schweizerische Verstimmung.

Genf, 25. März. Die führende Presse der Westschweiz stellt fest, daß die Note der französischen Regierung, die vom schweizerischen Bundesrat die Durchführung des vor einem Monat in der Volksabstimmung mit ungeheurer Mehrheit verworfenen Zonenabkommens fordert, in der Schweiz tiefgehende Erregung und Ueberraschung hervorgerufen hat. Die französische Forderung wird als ungerechtfertigt, unbegreiflich und unannehmbar bezeichnet, und als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Eidgenossenschaft ausgelegt.

Anleihe-Gerüchte.

Vor der internationalen Handelskammer führte der Vizepräses des amerikanischen Bankvereins aus, Amerika sei unter gewissen Voraussetzungen bereit, auf Wunsch der Alliierten Deutschland eine ausreichende Anleihe zu gewähren. — Die „Ere Nouvelle" schreibt nachträglich zu dem falschen Gerücht über deutsch-französische Verhandlungen, die Wahrheit sei, daß zur Zeit zwischen deutschen und schweizerischen Finanziers verhandelt werde. Es handele sich um nichts geringeres als um die Wiederaufstellung des internationalen Anleiheplanes, den in Genua Rathenau und die schweizerischen Bankiers entworfen hätten und der bekanntlich wegen der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo aufgegeben worden sei.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 26. März. Ueber die Ruhrfrage sprach am Samstag im Sozialdemokratischen Verein Landtagsabgeordneter Ulrich von Heilbronn. Ausgehend von jenem klassischen Prophetenwort des früheren Kaisers: „Herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen" bemerkte er, daß der letzte deutsche Kaiser sich als kein guter Prophet erwiesen habe; seine Regierungspolitik habe gezeigt, daß er ein unglücklicher Führer des deutschen Volkes war. Nicht herrliche Zeiten seien es, denen unser deutsches Volk durch die Regierungspolitik der Hohenzollerndynastie und ihrer militärischen und politischen Ratgeber entgegengeführt wurde; es sei das schlimmste nationale, politische und wirtschaftliche Unglück, in das ein Volk durch die Schuld einer ungeeigneten politischen Führung gestürzt wurde. Der 4½jährige Krieg, der Europa durchbrauste, seine verbrecherische Verlängerung, sein unglücklicher Ausgang, der daraus entstandene Friedensvertrag von Versailles und der jetzt im Mittelpunkt des politischen Geschehens stehende Kampf um das Ruhrgebiet seien Ergebnisse und Auswirkungen einer verfehlten Politik, wie sie im letzten halben Jahrhundert von einer Reihe europäischer Großstaaten im allgemeinen und vom deutschen Kaiserstaat im besonderen getrieben wurde. Zweieinhalb Monate seien verflossen, seit Franzosen und Belgier mit großer Militärmacht in das Ruhrgebiet einbrachen und von dieser Herzkammer unseres deutschen Wirtschaftslebens gewaltsam Besitz nahmen. Poincare habe heuchlerisch verkündet, es handle sich nicht um ein militärisches Unternehmen, sondern um eine friedliche Aktion, um aus der deutschen Wirtschaft die restlichen Kohlen- und Holzverpflichtungen zu Gunsten der Entente herauszuholen, nachdem Deutschland und seine Regierung absichtlich und böswillig seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Eine schöne Friedensaktion, die durchgeführt wurde mit mehr als 100 000 Soldaten, ausgerüstet mit den modernsten Waffen, Maschinengewehren, Handgranaten, Tanks und Flugzeugen. Inzwischen habe die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes, die zahllosen Verhaftungen, Verurteilungen und Ausweisungen, die blutigen Ausschreitungen der französischen Soldateska, die Unterbindung der Presse-, Versammlungs- und politischen Bewegungsfreiheit der Bevölkerung des Ruhrgebiets bewiesen, daß es sich bei dieser Besetzung nicht um eine friedliche Aktion, sondern vielmehr um ein gewalttätiges, verabscheuungswürdiges militärisches Attentat handelt. Der Einmarsch in das Ruhrgebiet sei eine krasse Verletzung des Versailler Vertrags und des Völkerrechts und ein verabscheuungswürdiges Attentat auf das Lebensrecht unseres deutschen Volkes; denn ohne das Ruhrgebiet kann unsere deutsche Wirtschaft auf die Dauer nicht atmen und nicht leben. Im Ruhrgebiet sei ein Drittel der ganzen deutschen Industrie konzentriert, in den neubesetzten Gebieten schlummern etwa 70 Prozent der ganzen Kohlen- und Erzschätze, über welche der deutsche Grund und Boden verfügt. Eine spätere Geschichtsschreibung werde den Franzoseneinmarsch in dieses friedliche deutsche Wirtschaftsgebiet als das Gegenteil einer militärischen und kriegerischen Heldentat kennzeichnen, als den feigen, hinterhältigen Ueberfall auf ein wehrloses und friedfertiges Volk. Was den Franzosen in den Jahren des Krieges trotz Unterstützung der halben Welt nicht gelungen war: die Losreißung des Rheinlandes vom Mutterland, die Trennung des deutschen Nordens vom Süden, die Zerstückelung der deutschen Einheit und damit die Erdrosselung der deutschen Wirtschaft und die völlige Unterjochung Deutschlands auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, das hoffen Frankreichs Imperialisten unter Führung des Advokaten Poincare auf dem Wege einer fluchwürdigen, verbrecherischen Politik zu erreichen. Durch den französisch-belgischen Einmarsch sei der Friedensvertrag von Versailles zerschlagen, im Ruhrgebirt herrsche heute nicht das Recht, geschweige denn internationale Sittengesetze, sondern Reitpeitsche und Revolver, Unsitte und Niedertracht. Die französischen Ziele hätten Aehnlichkeit mit jenen der deutschen Imperialisten zu Beginn des Krieges, welche die Erz- und Kohlenbecken von Longwy und Brie und die flandrische Küste als Kriegsziel erstrebten. Das ganze deutsche Volk ohne Unterschied seiner politischen und beruflichen Stellung habe alle Veranlassung, diese weltmachtpolitischen und imperialistischen Ziele der Franzosen zu paralisieren, es müsse seine ganze Kraft einsetzen, um das Ruhrgebiet Deutschland zu erhalten. Besonders wir im Süden, die wir über Kohlen- und Erzschätze nicht verfügen und weit entfernt von jenen Ländern mit großen Rohstoffquellen seien, hätten alle Veranlassung, uns mit aller Kraft an diesem Existenzkampf des gesamten deutschen Volkes zu beteiligen. Es gebe politische Kindsköpfe, welche sagen, Deutschland wäre nicht in diese schlimme Lage gekommen, wenn es nicht im November 1918 den Waffenstillstand, 1919 den Friedensvertrag und 1921 das Londoner Ultimatum unterschrieben hätte. Die Ablehnung dieser Verträge hätte nichts mehr und nichts weniger bedeutet, als den Tod der deutschen Einheit. Drüben über dem Rhein standen die Millionenheere der Entente, welche zum Teil noch gierig darauf lauerten, ihre Kriegsleidenschaften auf deutschem Boden auszutoben, unseren deutschen Städten und Dörfern, Fluren und Wäldern dasselbe Schicksal zu bereiten, wie es der deutsche Militarismus in den Kriegsjahren Nordfrankreich und Flandern zufügte. Lloyd George habe in Genua gegenüber Dr. Wirth und Dr. Rathenau geäußert, wenn Deutschland nicht das Londoner Ultimatum unterschrieben hätte, wäre es in Fetzen zerrissen worden. Scharfe Kritik übte Redner an den Rechtsparteien, welche mit dieser frevelhaften Politik ein gewagtes Spiel trieben. Ebenso irrig nannte Redner die Anschauung, Württemberg solle sich von Preußen wieder lossagen. Die das sagen, vergessen, daß wir im Laufe der Jahre von einem Agrarstaat zum Handwerker-, Industrie- und Handelsstaat übergingen. Bebel wie Liebknecht und Marx hätten sich schon vor dem Kriege 1870 für ein großes Deutschland begeistert. Unser gegenwärtiges Geschlecht müsse sich dessen bewußt sein, daß, wenn die Pläne Poincares und Fochs auf Zerstückelung der deutschen Einheit gelängen, würde Deutschland und sein Volk in die Zeiten des Mittelalters zurückgeworfen, unsere Politik und Wirtschaft würden tyrannisiert, von einem fortschrittlichen Aufstieg könnte gar keine Rede mehr sein. Frankreich zähle heute trotz der Einverleibung der uns entrissenen Gebiete immer nur 40 Millionen Einwohner, Deutschland trotz der uns entrissenen Gebiete immer noch 60 Millionen, also ein Mehr von 20 Millionen. Im Jahre 1922 betrug der Geburtenüberschuß in Frankreich nur 8000, in Deutschland mehr als 260 000; deshalb fürchte Frankreich Deutschland und suche seine Landesgrenzen möglichst weit nach Osten zu verschieben und die deutsche Republik aufzuteilen in politisch nicht mehr einflußreiche, wirtschaftlich nicht mehr leistungsfähige Staatensplitter. Wir in Deutschland haben allen Anlaß, Frankreich mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten. Bisher gelang es, die Einheit der deutschen Republik über alle Stürme hinüber zu retten, ein Verdienst, das erst in später Geschichtsschreibung Anerkennung finden werde. Die Erfüllungspolitik habe dem deutschen Volke furchtbar schwere Lasten aufgebürdet, alles in allem habe Deutschland bis heute rund 100 Milliarden Goldmark bezahlt, ein Drittel des ganzen deutschen Volksvermögens, über welches das deutsche Volk bei Ausbruch des Krieges verfügte. Was in 4½jährigem Ringen an Werten zerstört wurde, während welcher Zeit die ganze Wirtschaft nur auf die Erzeugung von Kriegsmitteln eingestellt war, sonst aber keine positiven Werte geschaffen wurden, lasse sich nicht in einigen Jahren wieder aufbauen, das benötige Jahrzehnte. Es gebe heute bereits wieder Leute, die von einem neuen Krieg sprechen und mit nationalen Phrasen um sich werfen. Zum Krieg gehören nicht nur Millionen gut ausgebildeter Soldaten, sondern auch eine moderne Bewaffnung, die uns gänzlich fehle. Darum sei es sinnlos und verwerflich, von einem Vergeltungskrieg zu reden. Ein Vergleich zwischen 1813 und heute sei nicht stichhaltig. Die Hoffnung auf Unterstützung durch Rußland sei völlig aussichtslos. Deutschland würde dasselbe Schicksal erleiden, wie im 30jährigen Krieg. Wir dürfen noch froh sein, daß Deutschland mit wenigen Ausnahmen vor der Verwüstung verschont blieb. Die Frage, ob das deutsche Volk auf ewig Sklavenketten tragen solle, beantwortete Redner mit nein. Dieser große Kampf komme nicht zum Austrag mit Revolver, Tanks und Giftgasen, sondern mit Waffen des Geistes, der Seele, der Moral und des Rechts; diese Waffen werden sich über kurz oder lang als ein stärkeres Machtinstrument erweisen, als die verbrecherische Gewaltpolitik des Advokaten Poincare. Unsere Aufgabe müsse sein, den Kampf der Arbeiterschaft, denn in der Hauptsache laste auf den Arbeitern, Beamten und Angestellten der Druck am stärksten, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Wenn diese in dem gigantischen Kampf um die deutsche Existenz zusammenbrechen, weil sie nicht die Mittel zum Widerstand von uns erhielten, dann sei es geschehen um die deutsche Republik, um die Wirtschaft und Zukunft des deutschen Volkes. Diese Unterstützung könne nicht geschehen mit patriotischen Phrasen, sondern indem wir der Ruhrbevölkerung Lebensmittel und alles, was sie zum Leben benötigt, zukommen lassen. Schwer ging Redner bei dieser Gelegenheit mit den Schädlingen des deutschen Volkes, den Wucherern und Schiebern, die sich auf Kosten des deutschen Volkes mästen, ins Gericht. Der im Landtag von der Sozialdemokratie gestellte Antrag, solche Schädlinge mit Zuchthaus und Vermögensbeschlagnahme zu bestrafen und sie in die Bergwerke zu schicken, sei von Bürgerpartei und Bauernbund bekämpft worden. Redner ging dann auf das politische Gebiet über, wobei er nicht unterließ, Kritik auch an der eigenen Partei zu üben. Es müsse mehr Politik und praktischer Sozialismus getrieben werden. Abhold jeglicher Gewaltpolitik stehe die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, daß die Rechte des Volkes nicht mit Füßen getreten werden dürfen; gerade das Volk bilde die beste Stütze der Nation. Das bestätige auch Uhland, indem er spreche: „In Fährden und in Nöten zeigt erst das Volk sich echt, drum soll man nie zertreten sein altes, gutes Recht". In einem Schlußwort ermahnte Redner die Zuhörer, trotz aller Schwere der Zeit den Glauben an die Zukunft Deutschlands und die Hoffnung auf ein besseres Leben in der Folge aufrecht zu erhalten. Nur der sei verloren, der sich selbst aufgibt. Dieser Glaube und diese Hoffnung müsse das deutsche Volk beeinflussen und ihm neue Kraft und neuen Lebensmut verleihen, um die Schwere der Gegenwart zu ertragen eingedenk des Goetheworites: „Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich es erkämpfen muß". Mit dem Dankeswort des Vorsitzenden Karl Titelius an den Redner für die lehrreichen Ausführungen und mit einem Appell, für die Parteisache tätig zu sein, schloß die Versammlung.

Neuenbürg, 26. März. Von der Leitung des Kurvereins Schömberg geht uns folgendes zu:

Schömberg, 23. März. Die Anmerkung der Schriftleitung des „Enztäler" zu dem Artikel in diesem Blatt vom 10. März bedarf der Richtigstellung. In diesem wird gesagt, daß für die Ausländer-Verfügung maßgebend gewesen sein dürfte die Rücksichtnahme auf die der Kur bedürftigen Deutschen, denen durch die hohen Preise, welche die Ausländer bezahlen würden, der Aufenthalt infolge der Geldentwertung geradezu unmöglich gemacht werde. Die Rücksichtnahme auf die kurbedürftigen Deutschen ist auch den Privatpensionen und Zimmervermietern oberster Grundsatz. Diese konnte und wurde auch dadurch geübt, daß man die Kurkosten für die Deutschen durch die Zuschläge auf die Preise für die Ausländer wesentlich verbilligen konnte. So wurde den Deutschen der Kuraufenthalt erleichtert und ermöglicht und nicht unmöglich gemacht. Die Anmerkung sagt ferner, daß Franzosen und Belgier auszuweisen seien, werde angesichts der Rücksichtslosigkeit, mit welcher diese Staaten gegen Deutschland wüten, niemanden überraschen. Ganz richtig, wenn solche davon betroffen worden wären. Ueberrascht aber werden die Leser ob der Tatsache sein, daß sich unter den 32 von dem Ministerium-Erlaß betroffenen Ausländern nicht ein einziger Franzose oder Belgier befand. Daraus und aus der weiteren Erwähnung, daß sich einige dieser Auslandskranken noch ihrer Abreise als Schieber in Schuhwaren betätigten, geht hervor, daß die Begründung auf sehr schwachen Füßen zu stehen scheint. Für das, was die Ausländer nach ihrer Abreise von hier tun und treiben, kann der Kurort Schömberg nicht verantwortlich gemacht werden; es beweist dies nur, daß dieselben sich anderwärts leicht niederlassen und schädlich betätigen können. Solche Ausländer auszuweisen, aber nicht nur hier, sondern auch und in erster Linie in den Schieberzentralen der Großstädte, könnte nur allseits begrüßt werden. Warum fängt man da nicht an? Schließlich sei noch gesagt, daß der Weggang der betr. Ausländer an andere Kurorte für Schömberg

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

einen großen wirtschaftlichen Nachteil insofern bedeutet, als der Abgang nicht durch gleichen Zugang an deutschen Kurgästen ausgeglichen ist und dadurch Pensionen, Privat-Zimmervermieter, Kaufleute und Geschäftsleute, nicht zuletzt auch direkt und indirekt die Gemeinde, einen großen Ausfall erleiden.

(Wir brachten lediglich zum Ausdruck, was uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wurde; irgend welche Interessenschädigung der dortigen Pensionen und Privatzimmervermieter lag uns ferne. Der Paragraph 11 des Preßgesetzes, auf den sich die Berichtigung stützt, schreibt als zulässigen kostenlosen Raum jenen der zu berichtigenden Mitteilung vor; die Berichtigung umfaßt das Dreifache unserer Anmerkung, trotzdem veröffentlichen wir sie ungeschmälert, um auch damit zum Ausdruck zu bringen, daß wir keine Schädigung der dortigen Interessen anstrebten. Schriftl.)

Württemberg.

Stuttgart, 26. März. (Ruhrhilfe.) Die Leitung der Rassehunde-Ausstellung hat der Stadtverwaltung als vorläufigen Reinertrag der Ausstellung 1 Million Mark für die schwäbische Ruhrhilfe zur Verfügung gestellt. Eine Sammlung des Jugendamts unter den Besuchern und Ausstellern ergab den Betrag von 85 000 Mark. Die Ausstellungsleitung ergänzte diese Summe auf 100 000 Mark, so daß bis jetzt 1 100 000 Mark abgeliefert werden konnten.

Stuttgart, 23. März. (Gebühren für Zeugen und Sachverständige.) Als Entschädigung für Arbeits- und Zeitversäumnis können nach der neuesten Festsetzung den Zeugen und Sachverständigen für die Stunde bis 1000 Mark gewährt werden, im Höchstfalle 10 000 Mark für den ganzen Tag gegen bisher 1300 Mark. Der wirklich entgangene Arbeitsverdienst muß aber nachgewiesen werden. Es tut daher jeder Zeuge gut, sich seinen Stundenverdienst vom Arbeitgeber bescheinigen zu lassen. An Sachverständige kann für Arbeits- und Zeitversäumnis 1500 Mark, bei besonders schwierigen Leistungen bis 2000 Mark für die Stunde bezahlt werden. Als Reiseentschädigung werden 10 Mark für jeden angefangenen Kilometer der Hin- und Rückfahrt bezahlt.

Stuttgart, 26. März. (Preßprozeß.) Der Redakteur der Süddeutschen Arbeiterzeitung Schreiner hatte sich vor dem Schwurgericht wegen eines Artikels „Die drohende Gefahr des Faszismus" vom 27. Januar 1923, anläßlich des Parteitages der Faszisten in München, zu verantworten. Beanstandet wurde der Satz: „Haltet die Augen offen und die Fäuste bereit". Die Anklage lautete auf Aufforderung zum Landfriedensbruch und zu Gewalttätigkeiten. Die Geschworenen verneinten beide Schuldfragen. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Göppingen, 26. März. (Rascher Tod.) Auf einem Spaziergang, den er mit einem Bekannten in den Wald unternehmen wollte, wurde Fabrikant Hermann Speiser von einem Herzschlag betroffen, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Nürtingen, 26. März. (Ein Räuber.) Nach Fortführung der Untersuchung ist es einwandfrei festgestellt, daß bei dem Ueberfall auf den Bankdiener Schleicher in Wilingen der Täter der erst etwa 20 Jahre alte Landwirt Emil Kottler von Frikkenhausen bei Nürtingen ist. Bei der Leiche des Selbstmörders Kottler fand man außer dem Revolver, mit dem er sich ums Leben gebracht hatte, ein großes Schlachtmesser.

Ebningen, 26. März. (Kein Mord.) Die Sektion der Leiche des erhängt aufgefundenen Mädchens ergab keinerlei Anhaltspunkte für einen Mord, da nicht die geringsten Spuren einer Gewalttat festgestellt werden konnten. Auch hat sich herausgestellt, daß das Mädchen den Zettel „Von drei Räubern ermordet!" selbst geschrieben hat. Was die Unglückliche in den Tod getrieben hat, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

Tailfingen, 26. März. (Todesfall.) Ein schwerer Verlust hat die Demokratische Partei nicht bloß des Bezirks Balingen, sondern auch des ganzen Landes betroffen, indem der Tod den langjährigen Bezirksvorsitzenden Christian Kern, Fabrikant in Tailfingen, aus einem Leben reichster Arbeit im besten Mannesalter hinweggerafft hat. Vor wenigen Wochen erst war er erkrankt. Ein Darmleiden machte seine rasche Verbringung in die Klinik nach Tübingen notwendig, wo er sich einer schweren Operation unterziehen mußte, an deren Folgen er nun gestorben ist.

Schramberg, 26. März. (Große Kapitalvermehrung.) Der Aufsichtsrat der Gebr. Junghans A.-G. hat beschlossen, einer am 27. April abzuhaltenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Stammkapitals um bis 40 Millionen Mark vorzuschlagen. Dabei soll den Vorzugsaktionären Lit. A. wie auch den Inhabern der Teilschuldverschreibungen der Umtausch in Stammaktien im Verhältnis von je 12 000 Mark Vorzugsaktien bzw. 15 000 Mark Teilschuldverschreibungen in eine Stammaktie angeboten werden. Den alten Stammaktionären soll ein Bezugsrecht von einer neuen Stammaktie auf sechs alte Aktien zum Kurse von 600 Prozent eingeräumt werden.

Ulm, 26. März. (Kraftwerk.) Die Wasserkraftanlage Oepfingen ist Samstag abend 6 Uhr in Betrieb genommen worden. Damit ist ein großes Werk geschaffen, **das die Stadt Ulm in der** Elektrizitätsversorgung unabhängig macht und ihr eine ständige Einnahmequelle **erschließt**.

Baden.

Pforzheim, 26. März. Wie seinerzeit berichtet, hatte der Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt, der eine elfprozentige Lohnerhöhung vom 1. März ab vorsah. Die Gewerkschaften hatten ihrerseits den Spruch angenommen und seine Verbindlich-Erklärung beantragt. Nachdem am Mittwoch die Vertreter der beiderseitigen Organisationen beim Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden in Karlsruhe in mehrstündiger Verhandlung ihre Auffassungen dargelegt hatten, hat nunmehr der Landeskommissär in seiner Eigenschaft als Demobilmachungskommissär seine endgültige Entscheidung gefällt; er lehnt mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage und die notwendige Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Pforzheims im In- und Ausland die Verbindlicherklärung als nicht im öffentlichen Interesse gelegen ab. Eine Erhöhung der bisherigen Löhne erfolgt somit nicht. — Uebrigens treten auch in Hanau und Schwäb. Gmünd Lohnerhöhungen im März nicht ein; die zuständigen Schlichtungsausschüsse haben die Anträge der dortigen Arbeitervereinigungen abgelehnt.

Freiburg, 21. März. Die Strafkammer verurteilte den Schneidermeister Johann Mussler in Lörrach-Stetten wegen fortgesetzten Kleiderschmuggels nach der Schweiz zu sieben Monaten Gefängnis und zu 1 200 000 Mark Geldstrafe. Mussler ist dieser Schmuggeleien wegen bereits in Basel inhaftiert gewesen, aber dort gegen Stellung einer Kaution von 1000 Franken einstweilen freigelassen worden.

Bonndorf, 26. März. Der 22jährige Sohn Johann des Landwirts Weiler in Boll hantierte an der Lichtleitung im Stall. Unglücklicherweise stand der junge Mann auf feuchtem Boden. Als er eine unisolierte Stelle am Leitungsdraht berührte, wurde er vom elektrischen Strom getötet. Mit diesem Sohn verliert die Familie Weiler ihr letztes Kind, da bereits das zweite Kind in jungen Jahren einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist.

Vermischtes.

Ein Rätsel. Der neue 10 000 Mark-Schein der Stadt Karlsruhe erregt einiges Aufsehen, er ist sogar Stadtgespräch. Auf der Rückseite ist die behaglich biedermeierliche Darstellung von Goldwäschern am Rhein vor 100 Jahren angebracht. Der Zeichner hat sich bei dem Bilde der Goldwäscher genau an die Volzsche Darstellung gehalten, die in Al. Schreibers „Nationaltrachten" veröffentlicht ist. Nur eine kleine Abänderung oder vielmehr Zutat erlaubte ihm die künstlerische Freiheit. Da steht, wie die Frankfurter Zeitung erzählt, in Mitten der Szene ein Goldwäscher tief vorgebeugt, die Kehrseite dem Beschauer zuwendend, und schwenkt sein Goldsand haltiges Tuch in einem hölzernen Kübel. Auf diesem Kübel stehen nun die Schriftzeichen L. M. A. Das Rätselraten ist allgemein. Wohin streckt der biedere den gerundeten Teil seines Hosenbodens? In welchem Zusammenhang damit steht die neckische Inschrift? Hat sie überhaupt einen Sinn oder ist sie nur ein Hoheitszeichen? Wenn zwei Karlsruher zusammenkommen, verständigen sie sich zuerst über dieses Problem. Und sind sie auf der Formel des Götz von Berlichingen einig geworden, huscht ein Schmunzeln über ihre Züge.

Wiederherstellung des Wiesbadener Stadttheaters. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Brandkatastrophe des Wiesbadener Staatstheaters ist stark übertrieben worden. Das Feuer hat lediglich das Bühnenhaus, ein Dekorations- und Möbelmagazin, sowie einen Teil der Rüstkammer zerstört. Der Zuschauerraum und das Foyer, das Büro, Garderobe- und Kassenraum, sowie sämtliche Magazine sind unversehrt geblieben. Da also der gesamte Dekorations- und Prozeniumsfundus, die Bibliothek und die Musikinstrumente erhalten sind, kann der künstlerische Betrieb nach Wiederaufbau der Bühne in alter Weise wieder aufgenommen werden. Man rechnet, daß dies in sechs bis acht Monaten geschehen wird. Inzwischen spielt das Ensemble im Kleinen Haus, dessen Spielplan bedeutend erweitert werden soll.

Deutsche Dienstmädchen in der Schweiz. Der in der Schweiz lebende Pädagoge F. W. Foerster, der durch seine oft einseitige, überscharfe Kritik am deutschen Volke bekannt ist, erteilt einer Klasse desselben, den zahlreichen deutschen Dienstmädchen im Ausland, hohes Lob. In vielen Familien der Schweiz sei ihm das lebhafte Erstaunen darüber bezeugt worden, daß diese Mädchen in den allermeisten Fällen die besten Ueberlieferungen des Deutschtums, Ordnungsliebe, Fleiß, Ehrlichkeit, Bescheidenheit und wahren Takt treu bewahrt hätten. An Stelle so mancher Großsprecher, die früher das neutrale Ausland zum Schaden ihres Vaterlandes überfluteten, „ist jetzt das deutsche Dienstmädchen getreten, das überall eine ganz neue Art von deutscher Propaganda macht: Es erweckt eine neue Liebe und Achtung vor den besten Charakterzügen unseres Volkes, es zeigt, daß diese Züge noch unverloren sind, ja, daß ihnen ein einfaches Volk eine unüberwindliche Stärke innewohnen muß, da sie von der Sintflut dieser Jahre nicht berührt wurden." — Eine Stuttgarter Hausfrau, der wir das vorlasen, bemerkte dazu: „Also deshalb bekommt man bei uns fast keine guten Dienstmädchen mehr, weil offenbar die besten ins Ausland gehen."

Poincares Gattin. Wenn man die „herzlichen" Gefühle des französischen Ministerpräsidenten Poincare, die er augenblicklich in der Fürsorge für die Leute an der Ruhr betätigt, recht verstehen will, muß man einen zwar unbescheidenen, aber doch recht interessanten Blick in sein Liebes- und Eheleben tun. Die Frau, die heute den Ruhm des Diktators von Europa teilt, sollte eigentlich am eigenen Herzen spüren können, wie wehe es tut, wenn die eigene Heimat mit Füßen getreten wird. Denn diese Madame Poincare ist eine Deutsche, eine geborene Mosbauer aus Wolfratshausen in Bayern. Sie ging später zu ihrem Bruder nach San Franzisko und verheiratete sich dort. Aber ihr Mann starb bald. Dann kam sie nach Paris, wo sie in zweiter Ehe einen Geschäftsmann heiratete, von dem sie jedoch wieder geschieden wurde. Schließlich verband sie sich in dritter Ehe mit dem Rechtsanwalt Poincare, mit dem zusammen sie von Stufe zu Stufe auf der Leiter des Ruhmes stieg. Ob sie nun in dritter Ehe endlich das erwünschte Glück gefunden hat? Noch bis vor wenigen Monaten konnte man sie von Zeit zu Zeit in ihrem Heimatstädtchen als Besuch auftauchen sehen. Es ist uns aber nicht bekannt, ob nur die schwache Viluta oder das starke Heimatsgefühl sie nach hier gelockt hat. Vielleicht geben dermaleinst ihre Memoiren darüber Aufschluß.

Zusammengeflickt. Ein Engländer aus Cardiff, dem im Laufe des Krieges ein Teil des Gesichtes durch ein Granatsplitter weggerissen worden war, kann jetzt nach etwa vierzig Operationen, die er mitmachen mußte, behaupten, er habe ein normales Gesicht, auf dem man nur noch einige unbedeutende Narben sieht. Mehr als vier Jahre mußte er im Spital verbleiben und die Chirurgen gaben dem jungen Mann zuerst seine Nase wieder und fertigten ihm dann eine Oberlippe an. Hierauf erneuerten sie das Gebiß völlig und verpflanzten schließlich, um ihr Werk zu krönen, ein Stück Haut von der oberen Gurgel, wo vorher ein dichter Bart gesproßt hatte, auf die Oberlippe, so daß nun der junge Mann sehr befriedigt mit seinem neuen Aussehen seinen üppig sprießenden Schnauz drehen kann. Das neue Gesicht bietet einen durchaus natürlichen Anblick.

Sein Moskau.

„Ich bin wie Napoleon," fröstelt Degoutte
„Der Kaiser ging trotz all seiner Siege
An der Kälte des russischen Winter kaputt,
Und ich — weil ich auch keine Kohlen kriege."

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 26. März. (Landesproduktenbörse). Die Stimmung auf dem Getreidemarkt war auch in abgelaufener Woche ruhig, es fehlt augenblicklich jede Unternehmungslust. Die Preise aller Getreidearten sind ziemlich unverändert. Es notierten je 100 kg. für gesunde trockene Ware ab württ. Stationen in Tausenden von Mark: Weizen 85 bis 95 (unverändert), Sommergerste 70—75 (unverändert), Hafer 45—60 (unverändert), Weizenmehl Nr. 0 160—175 (unverändert), Brotmehl 145—155 (unverändert), Kleie 35—40 (unverändert), württ. Heu 34—35 (39—40), drahtgepreßtes Stroh 32—34 (38—40). Nächste Börse 3. April.

Balingen, 26. März. Dem letzten Schweinemarkt waren 120 Milchschweine zugeführt. Der Handel war schleppend, doch wurde alles verkauft. Der Preis für das Stück betrug 60 000 bis 140 000 Mark.

Rückgang der Holzpreise. Bei einer in Horheim Amt Waldshut stattgefundenen Nutzholzversteigerung blieb der Steigerungserlös durchschnittlich 20—50 Prozent unter dem forstamtlichen Anschlag. — In Rhein-Bischofsheim wurde eine Stammholzversteigerung im Gemeindewald, zu der bereits zahlreiche Käufer erschienen waren, nicht genehmigt, weil das Angebot weit hinter allen Erwartungen zurückblieb.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 26. März. **Die demokratischen Abgeordneten Henne und Scheef haben an die Regierung wegen der immer stärker sich ausbreitenden Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und in den verwandten Berufen eine Kleine Anfrage gerichtet, in der sie die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Erstellung neuer Gebäude und Nachholung bisher unterbliebener baulicher Unterhaltungsarbeiten an Staats- und Gemeindebauten wünschen. Sie fragen, ob das Staatsministerium bereit ist, bezüglich der staatlichen Bauten umgehend das Erforderliche einzuleiten und auch auf die Gemeindeverwaltungen in diesem Sinne einzuwirken.**

---

74)

Im Hause des Kommerzienrates.

Roman von **E. Marlitt.**

„Das Pulver im Turme ist explodiert!" rief jemand aus der Mitte des Menschenknäuels.

„Unsinn!" antwortete Anton, nahezu lachend, obgleich ihm die Zähne vor Schrecken und Entsetzen zusammenschlugen. „Das taube Zeug explodiert längst nicht mehr, und die paar frischen Tetzen, die der gnädige Herr aus Jux drüber hergestreut hat, heben keinen Ziegelstein von seinem Platze."

Trotzdem rannte er wie toll parkeinwärts, quer über die schwimmenden Rasenflächen — er wußte ja seinen Herrn dort drüben, wo es brannte. Der ganze Menschenschwarm brauste hinter ihm drein, während auf dem nahegelegenen Stadtturm die Feuerglocke zu läuten begann.

Welche Verwüstung! Wie ein Springquell, der spielend Kiesel in die Lüfte wirft, so hatte dort, wo der schwarze Qualm den Himmel verfinsterte, ein Höllensprudel die Mauerquadern gepackt und in weitem Bogen verstreut, hier einen Granitwürfel tief in den weichen Rasenboden einwühlend, dort starke Baumwipfel wie Rohr unter der Steinwucht einknickend.

Es war ein Anblick, wohl geeignet, das Haar sträuben und die atemlos Herbeieilenden zurückstaunen zu machen, als das letzte hohe, verbergende Buschwerk hinter ihnen lag. Hatte die Ahnfrau der Baumgarten in der Tat die Lunte angelegt, um dem komödienhaften Spiel, das der Emporkömmling mit den ehrwürdigen Ueberresten ihrer Stammburg trieb, ein Ende zu machen? Aber sie mußten Eisen in die Mauerfugen gegossen haben, die Alten. Wohl war das obere Gelaß mit der Zackenkrone auf dem Scheitel zerstückelt und nach allen vier Seiten hingeschleudert worden; von dem unteren Teil des Gemäuers dagegen hatte die Riesengewalt nur eine kleinere Hälfte abzusprengen vermocht; sie lag, herabgestürzt, aber noch festgefügt und unzerstörbar zusammenhaltend, nahe dem Graben, während die andere trutzig und dräuend wie zuvor in die Lüfte ragte; aus ihrem Schlund loderten die bleichgelben Flammen empor, jeden Balkensplitter, jeden Zeugfetzen gierig von den Innenwänden leckend.

„Mein armer Herr!" stöhnte Anton und streckte die Arme verzweiflungsvoll über den Graben hin. Da unten gurgelten und brodelten die Wasser, die der furchtbare Stoß aus ihren Ufern gehoben und weithin über den Park verschüttet hatte; nun stürzten sie zurück in ihr niedriger gelegenes Gebiet, Sand- und Rasenstücke und blutige, zerrissene Tauben- und Dohlenleichen mit sich schleppend. Was half es, daß immer neue Menschenscharen zuströmten, daß die Feuerspritzen heranjagten? Da war nichts zu retten. Wer suchte noch dort in dem lodernden Krater die kostbaren Möbelstücke, die berühmte Humpensammlung, die Bild- und Skulpturwerke und Elfenbeinschnitzereien, die reichen Teppiche? Wie in entsetzlichem Hohn war einer der purpurnen Seidenvorhänge, unversehrt aus dem Fenster fliegend, am Sims hängen geblieben und fiel grauenhaft unbeweglich über die Außenseite des Turmrestes, wie wenn das Blut unmerklich rinnend einer breiten Wunde entströmt.

Und die Menschen raunten sich von aufgehäuften Gold- und Silberschätzen zu — oder nein, es waren ja Papiere gewesen, Papiere, die den Besitz von Fabriken, Grubenwerken, Landstrecken und dergleichen von unermeßlichem Werte verbürgten und die der alte, feste Turm mit seinen Mauern, seinen unbesieglichen Schlössern und seinem Wassergürtel wie ein Drache gehütet hatte. Wo waren sie? Wo die Eisenplatten, die sie umschlossen? Waren die Geldspinde unzersprengt hinabgestürzt in das Kellergewölbe, inmitten der Flammenglut eine Auferstehung ertrotzend?

Und was war aus ihm geworden, aus dem reichen Manne, von dem Anton bestimmt wissen wollte, daß er sich vor einer Stunde nach dem Turme begeben habe, um Wein aus dem Keller zu holen? Alles starrte mit stockendem Atem in das Flammengewoge, während der treue Diener händeringend den Graben umkreiste und den Namen seines Herrn immer wieder über das Wasser hinüberrief. Es war doch eine unverzeihliche Unvorsichtigkeit gewesen, Schießpulver da aufzubewahren, wo man mit dem offenen Kellerlicht hantierte.

„Die verkommene historische Merkwürdigkeit hat das nicht getan; dazu ist ein ganz anderer Sprengstoff nötig gewesen," sagte einer der zuerst herbeigeeilten Spaziergänger, ein Ingenieur, laut und sehr bestimmt in das Stimmengewirr hinein.

„Aber wie wäre denn der in den Keller gekommen?" stammelte Anton stehen bleibend, indem er den Sprecher blöde und verständnislos mit seinen angstverschwollenen Augen ansah.

Der Herr zuckte schweigend mit einer zweideutigen Miene die Achseln und wich mit den anderen zurück — die Spritzen begannen ihre Arbeit.

Und nun zischten die Wasserstrahlen empor und die Glocke auf dem Stadtturm läutete unermüdlich, solange sich das Feuer ungebärdig gegen seinen Erzfeind aufbäumte; von der Villa her schleppte die Feuerwehr Bretter und Stangen, um eine Notbrücke über den Graben zu schlagen, und der Lärm und das Menschengetümmel wuchs und schwoll von Sekunde zu Sekunde. Da scholl mitten in das Getöse hinein ein markerschütternder Schrei — dort drüben, der Ruine ziemlich nahe, auf dem Weg vom oberen Wehr her, hatten sie den Müller Franz gefunden; ein schwerer Stein hatte ihn zu Boden gerissen und ihm die Brust zerquetscht — der Mann war tot.

Es war, als pflanze sich der Schrei, den die Frau des Müllers im Hinstürzen über den Entseelten ausgestoßen hatte, von Kehle zu Kehle fort — ein solch unbeschreiblicher Stimmenaufruhr wogte über den Park hin.

„Moritz — sie haben ihn gewiß gefunden!" murmelte die Präsidentin aufschreckend. Sie war unweit des Hauses auf einer Gartenbank zusammengesunken; weiter hatten sie ihre Füße nicht getragen, jetzt machte sie abermals eine krampfhafte Anstrengung, sich zu erheben — vergebens! Die bisher so standhaft überwundene Altersschwäche machte sich angesichts einer wirklichen Gemütserschütterung in bestürzender Weise geltend. „Haben sie ihn? Ist er tot? Tot?" lallte sie, und die sonst so fest, so vornehm und kühl blickenden Augen irrten, weit aufgerissen, in wilder Angst den Weg entlang, der in der Richtung der Ruine den Rasenplatz durchschnitt; dabei umklammerte sie Floras Arm, die neben ihr stand.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Karlsruhe, 26. März. Reichsverkehrsminister Gröner ist heute zur Erledigung dienstlicher Angelegenheiten in Karlsruhe angekommen.

Karlsruhe, 26. März. Eisenbahnoberinspektor Wertlein in Offenburg wurde von dem französischen Militärgericht in Kehl zu 15 Tagen Gefängnis und 50000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil man bei einer Haussuchung, die bei ihm nach Dienstakten, Plänen und Lohnlisten vorgenommen wurde, einen alten Revolver gefunden hatte, von dessen Existenz ihm nichts bekannt war. — Der Eisenbahnoberinspektor Meier wurde zu 30000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil man bei einer Haussuchung einige Patronen, jedoch ohne Schußwaffe, vorgefunden hatte.

Mainz, 26. März. Der kürzlich verhaftete Direktor des „Mainzer Anzeiger", Will, ist gestern mit Familie ausgewiesen worden.

Bingen, 26. März. Die Eisenbahnbeamten in Bingen und Umgebung, die noch Dienstwohnungen bei der Bahn innehalten, müssen diese nunmehr auf Grund einer neuen Verfügung der Besatzungsorgane räumen.

Bochum, 27. März. Vom Militärpolizeigericht in Werden wurde der Bürgermeister Hopmann aus Kettwig zu sechs Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er dafür verantwortlich gemacht wurde, daß Eisenbahnarbeiter, die aus ihren Wohnungen fortgezogen seien, Eisenbahnmaterial mitgenommen hätten, ferner weil er einem Requisitionsbefehl, Betten zu stellen nur zögernd Folge geleistet habe und weil er bei einem Besuch der Besatzungsbehörde auf dem Bürgermeisteramt nicht anwesend war.

Duer, 27. März. Gestern endlich wurde der deutsche Hauptzeuge in der Angelegenheit der Ermordung der beiden französischen Offiziere, der Bergmann Winking, freigelassen, nachdem 11 Tage lang von französischer Seite aus ein Druck auf ihn ausgeübt worden ist, eine Erklärung zu unterschreiben, worin er seine Aussagen widerrufen sollte.

Leipzig, 26. März. In seiner letzten Beschlußsitzung verwarf der Staatsgerichtshof die Beschwerde des „Jung-Bismarckbundes" Wandsbeck-Stormarn gegen ein Versammlungsverbot ferner eine Beschwerde gegen das Verbot der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" in Hannover und eine Beschwerde gegen das Verbot der Druckschrift „Politische Wochenbriefe in Berlin. Als unzulässig wurde das von dem Polizeiamt in Chemnitz erlassene Verbot der Vereine „Heimatsucher" und „Unverzagt" aufgehoben, desgleichen eine Versammlungs- und Auflösungsverfügung gegen den Hochschulring deutscher Art in Jena.

Jena, 26. März. Wie das „Volk" meldet, hat die Polizei hier den Geschäftsführer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Wünsche, und den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Korvettenkapitän a. D. Göttung, festgenommen.

Berlin, 26. März. In der Hochverratssache Roßbach und Genossen sind heute in Berlin drei weitere Personen festgenommen worden. Sie werden morgen dem Richter zugeführt. Die in der Provinz von der Berliner Polizei Festgenommenen wurden inzwischen sämtlich den zuständigen Gerichten zugeführt. Gegen 10 der Vorgeführten wurden richterliche Haftbefehle erlassen.

Berlin, 26. März. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" aus dem Ruhrgebiet besetzte gestern ein Bataillon Belgier die sämtlichen Anlagen der städtischen Kokerei Rheinbaben einschließlich der Schachteingänge. Der Betriebsrat erklärte sofort, daß die Arbeiterschaft die Arbeit niederlegen und erst wieder aufnehmen werde, wenn die Truppen das Zechengebiet verlassen hätten. Die Arbeit ruht heute morgen vollständig.

Berlin, 27. März. Die Verladungsapparate der Zeche „Reinbaben" können von den Belgiern nicht gehandhabt werden, infolgedessen sind sie gezwungen, neue Anlagen unter großen Kosten zu schaffen, die in keinem Verhältnis zu der zum Abtransport fertigen Menge Koks stehen. Die Zivilarbeiter, die die Belgier mitgebracht haben, bestehen zu einem großen Teil aus Italienern.

Berlin, 26. März. Nach eingegangenen Nachrichten sind die Zustände im Gefängnis in Zweibrücken, wo die Mehrzahl der mit Gefängnis bestraften deutschen Beamten untergebracht ist, überaus unwürdig. Augenzeugen berichten, daß den Gefangenen alle Vorteile, wie sie sonst den politischen Gefangenen gewährt werden, verweigert sind. Verboten sind Rauchen, Lektüre, Korrespondenz, Beschaffung anderer Kost usw. Die Behandlung ist die gemeiner Verbrecher, mit denen die Gefangenen auch zusammengesperrt sind. Ferner wird die schlimmste Form der Einzelhaft angewandt. Die Bewachung geschieht durch Turkos.

Berlin, 26. März. Zu der Blättermeldung betreffend den Haftbefehl gegen die Abgeordneten von Gräfe, Wulle und Henning schreibt der Amtliche Preußische Pressedienst, daß ein Haftbefehl gegen die drei Abgeordneten nicht erlassen wurde und auch nicht beabsichtigt gewesen ist. — Sarah Bernhardt ist heute abend um 8 Uhr gestorben. — Der Dollar notierte am Montag in Frankfurt 20862.71 G., 20967.29 Br., in Berlin 20847.75 G., 20952.25 Br.

Stettin, 26. März. Der Stettiner Dampfer „Finnland" mit Stückgut auf der Fahrt von Lübeck nach Christiania ist gestern südlich von Grenaa gestrandet. Die Bemühungen, das Schiff flott zu machen, sind bisher vergeblich gewesen.

Paris, 26. März. Der „Populaire" berichtet von Truppenentsendungen aus Cherbourg nach dem Ruhrgebiet. Das erste Kolonialregiment erhielt Abreisebefehl. Bis jetzt ist von dem Regiment eine Truppe von 100 Mann abgegangen. Auch vom 24. und 25. Linienregiment und vom 136. Infanterie-Regiment werden heute Mannschaften nach dem Ruhrgebiet abbefördert.

Dublin, 26. März. In den verschiedenen Teilen Irlands sind weitere Aufständische gefangen genommen worden, darunter der hervorragende Führer Boffin, der sogenannte irische Debet.

Warschau, 27. März. Nach einer Meldung der „Polnischen Telegraphenagentur" aus Moskau wurde gestern früh das Urteil in dem Prozeß gegen die katholischen Geistlichen verkündet. Der Erzbischof Zepliak und der Prälat Putkewitz wurden zum Tode verurteilt, die anderen Geistlichen zu Gefängnisstrafen von drei bis 10 Jahren. Die Vollstreckung der Todesurteile erfolgt am Donnerstag. Wie die Warschauer Blätter melden, machte der polnische Ministerpräsident Sikorski gegenüber dem Sowjetvertreter in Warschau keinen Hehl daraus, daß diese drakonischen Urteile in der polnischen Oeffentlichkeit Erregung hervorrufen würden.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 26. März. Am Montag nachmittag trat der Landtag zu einer kurzen Tagung zusammen, um vor Ostern noch einige dringliche Vorlagen zu erledigen. Im Einlauf befanden sich ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Reichle (Soz.) und ein Schreiben des Abg. Müller (Komm.), in dem er seine Verhaftung, die gesetz- und verfassungswidrig erfolgt sei, mitteilte und dem Landtagspräsidenten weitere Schritte anheimstellte. Das Gesetz über eine Aenderung der Feuerlöschordnung wurde in 1. bis 3. Lesung angenommen unter Erhöhung der angesetzten Haft- und Strafsummen. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über eine weitere Beteiligung des Staates an der Neckar-A.-G. erklärte ein Redner der Bürgerpartei, daß seine Partei nach wie vor dagegen sei, den Kanalbau im jetzigen Zeitpunkt auszuführen und jede Verantwortung ablehne, wenn sie auch nicht geschlossen gegen den Bau des Neckarkanals überhaupt sei. Ein demokratischer Redner trat nicht nur für die Fortführung des Kanals in dem geplanten Umfange ein, sondern gab sogar der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich werde, an der Staustufe Obereßlingen weiterzubauen. Auf jeden Fall sollen die angefangenen Bauten vor dem Verfalle geschützt werden. Von soz. Seite wurde betont, daß es sich bei der Vorlage hauptsächlich um den Bau von Kraftwerken handle, die doch ein Bedürfnis der Industrie und Landwirtschaft seien und daß man bei der drohenden Arbeitslosigkeit für eine produktive Verwendung der Arbeitskräfte Sorge tragen müsse. Auch jetzt dürfe man nicht die Hände resignierend in den Schoß legen. Ein Zentrumsredner betrachtete den Bau als Landesangelegenheit, er diene in erster Linie dem Zweck, das Baugewerbe, den Handel und das industrielle Leben in Fluß zu halten. Berichterstatter wies in seinem Schlußwort noch einmal darauf hin, daß durch die Vorlage die Mittel für den Ausbau von Kraftwerken beschafft werden sollen. Ein Vertreter der Neckar-A.-G. gab Auskunft über das Bauprogramm und die Bestellung der Maschinen. Vom Bauernbund wurde ein Antrag eingebracht und begründet, das Sperrgesetz über den Verkehr mit Grundstücken innerhalb des Gebiets des Neckarkanals aufzuheben. Nach längerer Debatte wurde der Antrag in den Finanzausschuß überwiesen gegen die Stimmen der Soz. und des Zentrums. Die Vorlage über den Neckarkanal wurde dann in 1. bis 3. Lesung in der Ausschußfassung angenommen samt der Entschließung, die vor der Einstellung stehenden Baustellen vor Schaden zu bewahren. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Beratung des Etatsentwurfs für 1923 auf Dienstag vormittag 8½ Uhr vertagt. Schluß der Sitzung ½8 Uhr.

Französische Täuschungsmanöver mit geraubten Kohlen.

Offenburg, 26. März. Die Franzosen haben weitere Arbeitslose aus Straßburg nach Offenburg gebracht zur Verladung der dort noch lagernden Reichsdienstkohlen. Die Kohlenzüge werden dann durch das Elsaß nach der Pfalz geführt und dann erst nach Frankreich gebracht. Damit sollen die Franzosen dem Anschein nach einen regen Kohlentransport aus Deutschland nach Frankreich ausführen. Ferner haben die Franzosen aus der Offenburger Reparaturwerkstätte mehrere Werkzeugmaschinen, Drehbänke und verschiedene Kranen weggeführt, außerdem eine Anzahl in Reparatur befindlicher Lokomotiven, darunter eine Schnellzugslokomotive.

Tätlicher Angriff auf einen französischen Offizier im Saargebiet.

Saarbrücken, 26. März. Der „Neue Saarkurier" meldet, daß am vergangenen Samstag, abends 7 Uhr, der Platzkommandant von Neunkirchen, Kapitän de Chanty, von einer Anzahl Personen angegriffen worden sei, die ihn zu Boden warfen und auf ihn losschlugen. Es ist dies das erstemal, daß im Saargebiet auf einen französischen Offizier ein tätlicher Angriff ausgeführt wurde. Der Präsident der Regierungskommission hat für die Gemeinden des Kreises Ottweiler, dem Neunkirchen angehört, folgende Polizeimaßnahmen angeordnet: „Schließung der Wirtschaften und aller öffentlichen Räume abends ½9 Uhr, Verbot aller Versammlungen und Verbot von Ansammlungen von mehr als zwei Personen in den Straßen."

Die Mitteilung des „Neuen Saarkurier" ist insofern nicht klar, als in ihr nicht gesagt wird, was für „Personen", ob Ortseinwohner oder landfremde Elemente den Angriff vollführten. Die Verhängung von Zwangsmaßnahmen über den Kreis Ottweiler gibt nach den bisherigen Erfahrungen in solchen Fällen ja noch lange keinen Fingerzeig dafür. Von Bedeutung für die Beurteilung der gegenwärtigen Stimmung im Saargebiet wäre die genaue Feststellung immerhin.

Beschlagnahme der Weinbaudomänen des Rheingaus.

Wiesbaden, 26. März. Nachdem die Weinbaudomänen an der Mosel bereits vor zehn Tagen beschlagnahmt worden sind, wird jetzt, laut „Rheinische Volkszeitung", in einem Erlaß der Rheinlandkommission auch die Beschlagnahme der Weinbaudomänen im Rheingau angeordnet. Die Beschlagnahme bezieht sich auf die Weinberge, die Gebäude und die in den Kellern lagernden Weine.

Die Wiesbadener Regierung infolge Massenausweisung ihrer Beamten arbeitsunfähig.

Wiesbaden, 26. März. Die Franzosen haben heute morgen um 5 Uhr zwanzig Beamte der Regierung in Wiesbaden aus den Betten heraus verhaftet, ausgewiesen und im Auto über die Grenze des besetzten Gebiets gebracht. Die Ausgewiesenen kamen gegen 11 Uhr in Frankfurt an. In Wiesbaden sind nur noch vier Beamte der Regierung geblieben.

Durch diese völlig unberechtigte Maßnahme ist die Wiesbadener Provinzialregierung völlig arbeitsunfähig geworden. Das ist wohl auch die Absicht der Franzosen bei diesen Massenausweisungen gewesen. Ihren Zweck dürften sie jedoch wohl nicht erreichen, denn nunmehr wird wohl die Verlegung der Provinzialregierung von Wiesbaden nach Frankfurt, für die seit langen Jahren alle Zweckmäßigkeitsgründe sprechen, akut und auch wohl schnell durchgeführt werden.

Abtransport französischer Deserteure?

Mainz, 26. März. Am Montag, den 19. März, traf auf dem hiesigen Hauptbahnhof, wie erst jetzt bekannt wird, ein von Franzosen geführter Güterzug ein, der auch zwei D-Zugwagen mit sich führte, deren Fenster dicht verhängt waren. Kaum hielt der Zug, so wurde der Bahnhof für jeden Verkehr gesperrt und jeder Ausgang von französischen Gendarmen auf das schärfste bewacht. Aus den D-Zugwagen wurden dann zahlreiche französische Soldaten (Alpenjäger) gebracht, von denen je zwei und zwei mit den Händen zusammengefesselt waren. Diese gefangenen Soldaetn führte man sofort in einen anderen bereit stehenden Zug, der in Richtung Worms bzw. Richtung Elsaß abdampfte.

Lebensmittelnot bei den Einbrechertruppen.

In Koblenz und Umgebung herrscht unter den französischen Truppen große Lebensmittelnot. Farbige Soldaten betteln oft das Publikum um Brot an und verlassen zu diesem Zweck ihre Posten. Auch der heimische Postverkehr ist den Besatzungstruppen gesperrt. In Mainz trafen kürzlich drei D-Zugwagen mit Alpenjägern ein. Nach Besetzung aller Bahnhofsausgänge durch französische Truppen wurden sie zu je zwei Mann an den Händen gefesselt in einen anderen Zug gebracht und nach Worms weiterbefördert.

Die Ruhrindustrie noch auf Monate hinaus widerstandsfähig.

Berlin, 26. März. In den letzten Tagen mehren sich die Eingeständnisse der Franzosen über den Kohlenmangel. Selbst der „Matin" kann sich dieser Tatsache nicht mehr verschließen. Je größer aber die Kohlennot wird, desto lebhafter ist auch das Rätselraten, wie lange die deutsche Industrie den Abwehrkampf noch führen kann. Tatsächlich kann unsere Industrie aber die lothringischen Eisenerze viel leichter entbehren, als Frankreich den Ruhrkoks. Die Abwehrmöglichkeiten unserer Industrie sind zudem noch keineswegs erschöpft, sondern noch sehr ausbaufähig. Die deutsche Industrie hat sich ja bereits zweimal umstellen müssen: 1914 auf den Krieg, 1918 auf den Frieden. Sie muß sich eben jetzt ein drittes Mal umstellen, hat also eine gewisse Erfahrung darin. Heute wird von der deutschen Industrie durchschnittlich noch drei Viertel der Güter hergestellt, wie vor der Ruhrbesetzung. Davon werden etwa 40 v. H. im Ruhrgebiet selbst verbraucht. Ein erheblicher Teil kann dort auf Lager gelegt werden. Was die Erzeinfuhr anbelangt, so hat die Industrie des Ruhrgebiets immer eine Vorratwirtschaft betrieben, ganz besonders für den Winter. Die Ruhrindustrie ist heute noch auf sechs Monate vor allem mit schwedischen Erzen versorgt, zum Teil aber noch auf länger. Auch findet zwischen den einzelnen Werken ein Austausch von Aufträgen statt, und zwar nicht nur innerhalb des besetzten, sondern auch zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. Auf Grund dieses Austauschverkehrs ist tatsächlich die Zollgrenze zu einem erheblichen Teil illusorisch gemacht. Die Bergleute können noch auf Monate hinaus in den Gruben selbst beschäftigt werden. Das gleiche gilt auch für die Montanindustrie. Man geht jetzt auch an die notwendigen Verbesserungsarbeiten der Produktionsmittel heran, die solange zurückgestellt werden mußten.

Kein Paktieren mit Franzosen.

Berlin, 27. März. Zu der Meldung des französischen Pressedienstes, daß auf der Grube „Concordia" die Belegschaft mit den Franzosen einen Vertrag abgeschlossen habe, stellt der Korrespondent der „Vossischen Zeitung" im Ruhrgebiet folgendes fest: Die Franzosen hatten vor einiger Zeit die Zechenanlagen besetzt, worauf die gesamte Belegschaft der Grube in den Ausstand getreten war. Durch Vermittlung des stellvertretenden Direktors der Grube kam zwischen den Franzosen und dem Betriebsrat eine Vereinbarung zustande, wonach die Belegschaft die Arbeit wieder aufnehmen sollte, und zwar zu einem vorher festgesetzten Zeitpunkt. Von diesem Zeitpunkt an sollten die französischen Posten von der Zeche verschwinden. Die Franzosen wollten nur eine abseits gelegene Halde abtragen. Eine am anderen Morgen einberufene Versammlung der Belegschaft lehnte aber einstimmig die Vereinbarung ab und erklärte, ein

Paktieren mit den Franzosen für unmöglich. Der Streik auf der Zeche „Concordia" geht weiter.

Erklärungen Dr. von Rosenbergs vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 26. März. Die mehrfach vertagte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wird, wie wir hören, nunmehr bestimmt morgen, Dienstag, 2 Uhr stattfinden. Entgegen anders lautenden Meldungen wird der Kanzler an der Sitzung nicht teilnehmen. An seiner Stelle wird Reichsaußenminister von Rosenberg sprechen. Sensationen irgend welcher Art sind nicht zu erwarten. Es handelt sich um eine Aussprache über die politische Lage, die vermutlich in durchaus ruhigen Bahnen sich bewegen dürfte.

In einem Teil der Presse ist es so dargestellt worden, als hätten die Sozialdemokraten den Reichskanzler wegen seiner Münchener Rede gleichsam in Anklagezustand versetzen wollen. Das ist durchaus unzutreffend. Die Einwände der Sozialdemokraten beziehen sich nicht so sehr auf den Inhalt der Münchener Rede, wie auf die Interpretationen, die sie in nationalistischen Kreisen erfahren hat. Vollkommen aus der Luft gegriffen ist auch, wie wir von vornherein vermuteten, die maliziöse Behauptung der „Welt am Montag", die Sozialdemokraten hätten die Verschiebung der Sitzung verlangt, weil sie auf jeden Fall den Reichskanzler zwingen wollten, vor dem Ausschuß zu erscheinen. Gerade das umgekehrte ist der Fall. Dr. Cuno hat wiederholt um Verlegung der Sitzung gebeten, weil er den Wunsch hatte, in den Ausschuß zu kommen. Sein Befinden ist indessen, wie wir erfahren, noch so, daß er einige Tage das Bett hüten muß. Auch das zeitliche Zusammenfallen des Schreibens des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller an Dr. Stresemann mit der Interpellationsdebatte im preußischen Landtag hat hier und da zu der Schlußfolgerung geführt, als wäre von der Sozialdemokratie eine Art konzentrischer Angriff auf das Kabinett Cuno geplant gewesen. Nach unserer Kenntnis der Dinge ist daran gleichfalls nichts Wahres. Das sozialdemokratische Schreiben trug keinen irgendwie ultimativen Charakter, ebensowenig war von den Sozialdemokraten ein bestimmter Termin für die Tagung gefordert worden. Man täte der Sozialdemokratie unrecht, ihr in diesem Fall ein Doppelspiel vorzuwerfen.

Putsch-Gerüchte.

Berlin, 26. März. Laut „Berliner Tageblatt" erhob die thüringische Landesregierung bei der Reichsregierung ernste Vorstellungen wegen der rechtsradikalen Umtriebe unter Vorlegung von Material über diese Treibereien. — Die vom preußischen Minister des Innern angedrohte Alarmbereitschaft der Schupo wird, dem gleichen Blatt zufolge, noch einige Zeit aufrecht erhalten bleiben. — Der „Vorwärts" meldet aus München, daß dort am Sonntag früh aus Berlin, Nürnberg, Augsburg, Regensburg usw. Trupps von Hakenkreuzlern eintrafen. An mindestens 4 Stellen wurden Felddienstübungen abgehalten. Ein Parademarsch vor Hitler und v. Kahr schloß die Uebungen. Wie das Blatt schreibt, war zweifellos am Sonntag mehr geplant als ein Generalappell. Der Putsch sei im letzten Augenblick durch das Zugreifen in Norddeutschland verhindert worden. — Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" haben sich an dem Ausmarsch der Hitler-Leute auch die Vereinigten vaterländischen Verbände beteiligt. Erst als gestern abend die Nationalsozialisten demonstrativ den Bannkreis des Landtags durchbrechen wollten, trennten sich die Anhänger der vaterländischen Verbände von ihnen.

Abschluß internationaler sozialistischer Besprechungen.

Berlin, 27. März. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktionen Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens und den Vertretern des deutschen sozialistischen Parteivorstandes sind gestern abend abgeschlossen worden. Mit dem Ergebnis wird sich die am 2. März erneut in Paris zusammentretende Konferenz der sozialistischen Parlamentarier befassen, zu deren Auffassung dann der deutsche Parteivorstand wiederum Stellung nehmen wird. Die Aussprache in Berlin ergab vollkommene Uebereinstimmung der sozialistischen Parteien in dem Entschluß, ihre Kräfte darauf zu konzentrieren, dem Ruhrabenteuer ein möglichst schnelles Ende zu bereiten und die endgültige Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen, die zur Wiedergutmachung der Kriegszerstörungen führen, der Wahrung des europäischen Friedens dienen und der deutschen Leistungsfähigkeit Rechnung tragen soll.

An sämtliche Schultheißenämter des Oberamtsbezirkes Neuenbürg.

Die Schultheißenämter werden veranlaßt, ihre Gemeindeangehörigen durch eine **öffentliche Bekanntmachung** auf nachbezeichnete gesetzliche Bestimmungen in Kürze zu verweisen:

1. **zur Verhütung von Waldbränden** auf die Bestimmungen der §§ 308, 309 und 368 Ziff. 6 des Reichsstrafgesetzbuches, sowie die Artikel 30 und 32 des Forstpolizeigesetzes;

2. **zum Schutz seltenerer Waldpflanzen,** insbesondere der **Stechpalme,** gegen das unachtsame oder gewerbsmäßige Abpflücken von Reisern auf die Bestimmungen des Art. 22 Ziff. 2 des Forstpolizeigesetzes, sowie der Art. 6 Ziff. 4 und Art. 16 des Forststrafgesetzes.

Ebenso werden die Schultheißenämter ersucht, sowohl zur Verhütung von Waldbränden, als im Interesse wirksamen Schutzes seltenerer Waldpflanzen, insbesondere der Stechpalme, für entsprechende **Belehrung und Ermahnung der Schuljugend** Sorge zu tragen.

Neuenbürg, den 24. März 1923.

Namens der beteiligten Forstämter Calmbach, Enzklösterle, Herrenalb, Langenbrand, Liebenzell, Meistern, Neuenbürg und Wildbad.

Forstamt: v. Gaisberg.

Forstamt Calmbach.

Weg-Sperre.

Wegen Holzfällungen in den Abteilungen **Tröstbach** und **Farrenwiesen** ist das **rechtsseitige Eyachtalsträßchen** auf der innerhalb dieser Abteilungen verlaufenden Strecke bis auf weiteres **für den Verkehr gesperrt.**

Statt jeder besonderen Anzeige.

Nach langem, schweren, mit größter Geduld ertragenen Leiden ist am 24. März, abends 7 Uhr, unser lieber, treubesorgter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Conzelmann,

Privatmann,

im 61. Lebensjahr sanft entschlafen.

In tiefster Trauer:

Hermann Conzelmann, Kaufmann.
Klara Conzelmann.
Martha Conzelmann, stud. phil.
Willi Conzelmann, Abiturient.

Heidelberg, den 26. März 1923.
Mozartstr. 16.

Preiswertes Angebot

in

Schurzzeug . . . . . von ℳ 5500—7500,
Hemdenflanelle, nur beste Qualitäten, ℳ 3500—5500,
weiß B'wolltuch für Wäsche . . . . ℳ 3000—4000,
Handtuchstoff . . . . . ℳ 2000—4000,
Haustuch und Halbleine zu Haipfel ℳ 3900—6000,
Bettuchstoffe . . . . . ℳ 7500—14000,
Betteattune, 80 cm breit ℳ 4800—5200,
130 cm breit ℳ 8800,
Bettzeuge, 80 cm breit ℳ 5200—5500,
130 cm breit ℳ 8400—8800,
Damast, 80 cm br. ℳ 4000, 130 cm br. ℳ 7500—12000,
Kleiderzeugle und Druck . . . ℳ 4200—7000,
Zephire, Satin und Dirndlstoffe . . ℳ 4200—6000,
h'wollene u. wollene Kleiderstoffe ℳ 7000—30000,
Einsatzhemden . . . . . ℳ 12000—18000,
Damenhemden, farbig und weiß, . ℳ 6000—12000,
Wollgarne . . . . . 1/5 von ℳ 2800—4200.

Eugen Haubensak, Dobel,

Telefon 8.

Pforzheim.

Bezirkskonsumverein Neuenbürg, E. G. m. b. H.

Wir empfehlen diese Woche eintreffend

frische Seefische.

Bestellungen bitten wir in unseren Läden aufzugeben.

Eingetroffen sind:

Steckzwiebeln.

Calmbach.

Einen

Schuppenanbau,

9×3 Meter, mit Falzziegeldach und Bretterschalung hat zu verkaufen

C. Seyfried, Maurermeister.

22 Pfund

Bettfedern

zu verkaufen.

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Schiefer-Tafeln

und

Griffel

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlung
Inh. D. Strom.

Flachs und Hanf

übernehmen
bei vorteilhaften Bedingungen
kaufweise oder im Tausch gegen
anerkannte Qualitätsware in
Leinen, Halbleinen rc.
in reicher Auswahl.

Kolb & Schüle A.-G.,
Filiale Baiersbronn
in Mitteltal, O.A. Freudenstadt,
Flachsaufbereitungsanstalt,
mech. Flachsspinnerei und Weberei.
Vertreter werden gesucht.

Privat-Lehranstalt für Stenographie und Maschinenschreiben

Pforzheim

Leopoldstrasse **Hafnergasse 1.**

Gründlicher Unterricht für **Anfänger und Fortgeschrittene** durch gepr. Lehrkräfte. 15. Schuljahr. Eintritt jederzeit.

Jetzt lieferbar

Hemdenflanell, etwas leichtere Sorte, jedoch sehr haltbar, ca. 74 cm breit, per Meter ℳ 3500.—
Hemdenflanell, prima, fast unzerreißbar, ca. 74 cm breit, per Meter ℳ 3900.—
Weißes Hemdentuch, erstklassig, ca. 84 cm breit, per Meter ℳ 4300.—
Ungebleichtes Baumwolltuch, prima, fast unverwüstlich, ca. 86 cm breit, per Meter ℳ 4300.—

Versand sofort portofrei per Nachnahme von ℳ 30000 an. Wenn nicht entsprechend, wird der volle ausgelegte Betrag zurückerstattet, daher keine Mustersendung.

Josef Witt, Versandgeschäft, Weiden 398, Oberpfalz.
Aeltestes und größtes Versand-Geschäft der Art am Platz.

Verlobungs-Anzeigen

in Karten und Briefform

liefert rasch und preiswert

C. MEEH'sche Buchdruckerei,
Inh. D. Strom.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

26. März 1923.

Devisen: Amtl. Mittelkurse:	
Amerika	20900.—
Holland	8978.—
Schweiz	3850.—
England	98000.—
Frankreich	1332.—
Festverzinsl. Staatspapiere:	
5% Dt. Reichsanleihe	89.75
4% „ „	1170.—
3½% „ „	670.—
3% „ „	4400.—
Dtsch. Sparprämienanleihe	320.—
4% Württ. Staatsanleihe	106.—
3½% „ „ v. 1875	109.—
3½% „ „ versch.	80—145
3% „ „	350
Stadtanleihen u. Pfandbriefe:	
4% Stuttg. Stadtanl.	150
3½% „ „ v. 1877—80	85
3½% „ „ v. 1904	81
4% W. Hyp.-Pfdbf.	108
3½% „ „	100

Industrie-Aktien:	
Hapag	44000.—
Nordd. Lloyd	26000.—
Deutsche Bank	22500.—
Disconto-Com.-Anteile	16000.—
Rhein. Creditbank-Akt.	7175.—
Württ. Vereinsbank-Akt.	5000.—
Badische Anilin-Akt.	27500.—
Höchster Farbwerke-Akt.	23500.—
Bochumer Guß-Akt.	41000.—
Dt.-Luxemb. Bergw.-Akt.	66500.—
Harpener Bergbau-Akt.	143500.—
Benz-Motoren-Akt.	15250.—
Daimler-Motoren-Akt.	9500.—
Badenia-Maschinenfk.-Akt.	15000.—
Heidelberg. Cementw.-Akt.	15000.—
Köln-Rottweiler	25500.—
Gebrüder Junghans-Akt.	16650.—
Salzwerke Heilbronn-Akt.	76000.—

Tendenz: stark befestigt.